

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Plott. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzig älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowik mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-spaltige mm-Zl. für Polnisch-Oberöchl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-spaltige mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberöchl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei aertichtl. Beirteilung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 82

Dienstag, den 28. Mai 1929

47. Jahrgang

Für einen ständigen Minderheitenausschuß

Die Tagung der internationalen Völkerverbündigen unterstützt den Standpunkt Stresemanns — Polens Vertreter gegen Stresemanns Minderheitenpolitik

Madrid. Die Vollversammlung der Völkerverbündigen brachte eine große Aussprache über das Minderheitenproblem. Sie galt der Vorbereitung zur Einsetzung eines ständigen Minderheitenausschusses beim Völkerverbund.

Den der Weltverband der Völkerverbündigen bereits feinerzeit im Haag beschloßen hatte. Es wurde beantragt, dem Völkerverbund die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zu empfehlen, die über den Stand der Minderheitenfragen baldmöglichst einen umfassenden Bericht vorlegen soll. Der Schweizer Bonet und die Holländerin Bakker traten für diesen Vorschlag ein. Dr. Schreiber von der deutschen Völkerverbündigen begründete in klar zeichnender Rede die unbedingt notwendige Form des Dreierausschusses und seine Umwandlung in

einen ständigen Sachverständigenausschuß. Dabei wandte er sich gegen die Angriffe des polnischen Vertreters Stronski gegen Dr. Stresemann, von dessen Minderheitenpolitik der Pole sagte, sie lasse nicht immer einheitliche Linien erkennen.

Die Vollversammlung der Völkerverbündigen nahm schließlich einen Vorschlag auf Einrichtung eines Sachverständigenausschusses mit allen Stimmen gegen die Stimme des italienischen Vertreters an. Dieser Beschluß wird dem Völkerverbandsrat unterbreitet werden.

Bemerkenswert war, daß der polnische Vertreter Stronski keine Genugtuung aussprach über das hohe ethische Niveau der Verhandlungen und feinerseits jede Assimilation von Minderheiten ablehnt.

Die ersten Wahlergebnisse Belgiens

Brüssel. Die belgischen Wahlen fanden am Sonntag ohne besondere Zwischenfälle statt. Soweit sich bisher übersehen läßt, hat die liberale Partei Erfolge zu verzeichnen, während die Sozialisten ihre bisherige Stellung halten. Die katholische Partei hat in den flämischen Provinzen viele Stimmen zugunsten der flämischen Nationalisten verloren. Letztere haben überall Erfolge erzielt. Im Wahlbezirk Eupen-Malmedy fand ein Zwischenfall statt. Im Wahlbüro Thommen fehlten 400 Wahlzettel, so daß 400 Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten.

Im Wahlkreis Verriers, zu dem Eupen und Malmedy gehören, sind die Ergebnisse von 29 Wahlstellen von im ganzen 51 bekannt. In Eupen-Malmedy hat die Christliche Volkspartei 1551, die Liberalen 8640, die Sozialisten 18507, die Katholische Partei 15053 und die Kommunisten 1620 Stimmen erhalten. Das Wahlergebnis in Malmedy ergab bisher 1388 Stimmen für die Christliche Volkspartei, 690 für die Sozialisten, 792 für die Liberalen und 133 für die Kommunisten. Der Kandidat der Katholischen Partei, Baron Anzette, ein gewesener belgischer Minister, ist gestern abends plötzlich in Brügge gestorben.



Geheimrat Professor Dr. Burdach

der hervorragende Germanist, der lange Jahre an der Universität Berlin gelehrt hat, vollendet am 29. Mai das 70. Lebensjahr.

Paris weiter pessimistisch

Paris. Ueber die Signatur, die die Gläubigerstaaten am Sonntag abhielten, verlangt nur, daß die die Bemerkungen prüfen, die Dr. Schacht mündlich Owen Young über den allierten Zahlungsplan gemacht habe.

Die Pariser Abendpresse unterstreicht die pessimistische Stimmung, die im Hotel Georg V. herrscht. Dem „Temps“ zufolge wird für den Fall, daß eine Verständigung in der letzten Phase der Verhandlungen nicht erzielt werden könne, die Möglichkeit der Ueberweisung der deutschen Vorbehalte und der allierten Gegenbehalte an die Regierungen ins Auge gefaßt.

Englische Waldkonzession in Polen aufgelöst

Warschau. Das polnische Landwirtschaftsministerium hat der englischen Gesellschaft Century die Konzession für die Ausbeutung der Bialowieser Forsten entzogen, da die Engländer die fällige Rate im Betrage von 14 000 Pfund Sterling nicht bezahlt haben. Außerdem hat die Gesellschaft entgegen den Bestimmungen des Vertrages und ohne Einwilligung des Landwirtschaftsministeriums ihre Aktien dem Konzern British and European Timbers Co. verkauft. Die endgültige Auflösung der Vertragsbeziehungen soll am 4. Juni erfolgen. Die englische Gruppe hat übrigens gegen die Entscheidung des Ministeriums Einspruch erhoben.

Eine kommunistische Verschwörung in Bessarabien

Bukarest. Aus Kischinew wird gemeldet, daß die dortigen Behörden zahlreiche Kommunisten verhaftet haben. Im Zusammenhang damit wird erklärt, daß die Militärbehörden schon längere Zeit einer Versteigerung angelegten terroristischen Aktion der Sowjetleitung Bessarabiens auf der Spur waren. Es war geplant, alle wichtigen öffentlichen Gebäude in Kischinew, das Postamt, das Rathaus und den Justizpalast, die Kasernen und das Polizeipräsidium, in die Luft zu sprengen. Die Polizei ist nun den Attentätern durch die Verhaftung der Rädelsführer zuvorgekommen. Damit ist den rumänischen Behörden eine große Menge belastendes Material in die Hände gefallen, aus denen hervorgeht, daß die Attentate in Bessarabien von Moskau aus geplant waren.

117 Wohnhäuser niedergebrannt

Warschau. Wie aus Opatow gemeldet wird, sind in der Ortschaft Kalki 117 Wohnhäuser mit allen Nebengebäuden einem Großfeuer zum Opfer gefallen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind nur wenige Gebäude, darunter zwei Kirchen, das Postamt, die Polizeiverwaltung und eine Schule der Vernichtung entgangen. Sämtliche Telefon- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Der Schaden dürfte mindestens eine Million Zloty betragen.



Vom internationalen Kongreß für Sanitätsflugwesen

in Orléans bei Paris, bei dem die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete des Lufttransportes von Kranken und Verwundeten gezeigt wurden.

Der Kampf in Afghanistan

Habib Ullah löst die Gesandtschaften auf. — Aman Ullah über seine Niederlage.

Konstantinopel. Nach hier eingetroffenen Nachrichten hat Habib Ullah einen Befehl unterzeichnet, nach dem sämtliche afghanischen Gesandtschaften im Ausland, die bisher dem König Aman Ullah treu geblieben sind, im Juni aufgelöst werden sollen. Sämtliche afghanische Gesandte und Geschäftsträger werden verpflichtet, sich im Laufe von vier Wochen in Kabul zu melden. Habib Ullah will die afghanischen Gesandtschaften in Frankreich, Italien und Moskau gänzlich auflösen. Nach unbestätigten Gerüchten ist die Mutter Königs Aman Ullah aus Kandahar geflüchtet, nach einer anderen Lesart soll sie von Aufständischenstämmen getötet worden sein.

Kairo. Aman Ullah, der sich jetzt unterwegs nach Bombay befindet, gab den indischen nationalen Organisationen, die keinen Kampf gegen Habib Ullah unterstützen haben, eine Erklärung ab, wonach seine Niederlage nur dadurch zu erklä-

ren sei, daß es ihm an Munition und auch an Geld gefehlt habe. Ferner habe auch „eine ausländische Macht“ sich angeferngt, Habib Ullah im Kampfe gegen seine Truppen zu unterstützen. Diese Macht habe durch verschiedene Agenten Bandenüberfälle gegen seine Truppen organisiert. Aman Ullah demontierte die Gerüchte, daß zwischen ihm und der Sowjetunion ein Geheimbündnis existiere. Er drückte die Hoffnung aus, im Laufe der nächsten Zeit wieder nach Afghanistan zurückzukehren und seinen Kampf gegen Habib Ullah fortzusetzen.

Syndoug gestorben

Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter ist Jacques Syndoug, der frühere Beigeordnete für die politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten beim Quai de l'Orsay heute im Alter von 58 Jahren gestorben. Jacques Syndoug war lange Zeit Mitglied des deutsch-französischen Studienkomitees, war dann aber ausgeschieden, weil er seine mehr und mehr deutschfeindlich werdende Haltung mit dem Verbleiben im Studienkomitee nicht mehr vereinbaren konnte.

